



SPD Hamburg-Nord

Aktuelles Themen Stadtteile Fraktion Rathaus Kalender Service Nordwind

Montag 21.08.2006 19.30 Uhr	Dämmerchoppen: Diskussionen in gemütlicher Atmosphäre für "Neue", Interessenten und langjährige Mitglieder zu aktuellen Themen, zur Arbeit der Partei und zum besseren Kennenlernen. Kreisbüro, Am Hasenberge 44
Dienstag 22.08.2006 19.30 Uhr	Distriktsversammlung Barmbek-Nord Bürgerhaus Barmbek, Lorichstr. 28 a (Hartzloh)
Sonntag 27.08.2006 15 Uhr	20 Jahre SPD-Treff Forsmannstraße mit Christian Carstensen, MdB SPD-Büro, Forsmannstr. 14
Mittwoch 06.09.2006 19.00 Uhr	Distrikte Jarrestadt und Mühlenkamp: Hamburg-Menschliche Metropole mit Dr. Mathias Petersen, Landesvorsitzender der SPD Hamburg. Jugendtreff Kaemmererufer
Samstag 09.09.2006	BASAR-Zentrum-Fuhlsbüttel: Eine Aktion der AGS Fuhlsbüttel (Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD) Infos bei Jan Stern unter 0177-5005098
Montag 11.09.2006 19 Uhr	Auftakt zum Mentoring-Programm der SPD HH-Nord Sitzungsraum, Am Hasenberge 44 Weitere Infos im Kreisbüro unter Telefon 460 3042
Dienstag 12.09.2006 18 Uhr	Neumitgliederabend (auch für Interessenten) in der SPD-Landesorganisation Kurt-Schumacher-Allee 10 Infos über SPD-Kreisbüro, Telefon 460 30 42
Samstag 16.09.2006 10-16 Uhr	Forum der AG Schulpolitik "Neue Schule in Hamburg" Gemeindesaal und SPD-Büro, Am Hasenberge 44 Detailliertes Programm über SPD-Kreisbüro, Telefon 460 3042 Anmeldung erforderlich!
Montag 25.09.2006 19.30 Uhr	Dämmerchoppen: Diskussionen in gemütlicher Atmosphäre für "Neue", Interessenten und langjährige Mitglieder zu aktuellen Themen, zur Arbeit der Partei und zum besseren Kennenlernen. Kreisbüro, Am Hasenberge 44
Dienstag 26.09.2006 19.30 Uhr	Distriktsversammlung Barmbek-Nord Bürgerhaus Barmbek, Lorichstr. 28 a (Hartzloh)
Mittwoch 27.09.2006 18 Uhr	Politik aus erster Hand - Information und Diskussion über aktuelle politische Themen (besonders für "Neue" und Interessierte) SPD-Landesorganisation, Kurt-Schumacher-Allee 10
Dienstag 24.10.2006 19.30 Uhr	Distriktsversammlung Barmbek-Nord Bürgerhaus Barmbek, Lorichstr. 28 a (Hartzloh)

Info - Termine

Aufgenommen sind die Termine, die von den Distrikten, vom Kreis und von der Landesorganisation gemeldet werden sowie z.T. auch Termine, die nicht von der Partei, sondern von den Wahlkreisabgeordneten angeboten werden bzw. solche Termine anderer Veranstalter, die für Euch interessant sein könnten.

In zahlreichen öffentlichen und parteiinternen Veranstaltungen wird mit Bürgerinnen und Bürgern debattiert, werden Meinungen und Positionen ausgetauscht und gefunden, Expertinnen und Experten gehört und Prominenz hautnah erlebt.

Ein Großteil dieser Veranstaltungen ist selbstverständlich öffentlich - dazu sind Sie stets herzlich willkommen. Einige wenige Termine dagegen dienen der innerparteilichen Meinungsfindung und sind daher nur nach Absprache auch Nichtparteimitgliedern zugänglich. Bei Kreisdelegiertenversammlungen und Parteitagungen sind für

Die neue
 Homepage
 des Kreises
 Nord

Mit aktuellen Themen,
 Terminen und „Nord-
 wind“-Archiv!

Leitlinien

Arbeitsplanung 06/07 des Kreisvorstandes



Bildungspolitik

Keine Schule für alle? Ein Widerspruch!



Medienpolitik

Die Meinungsmacher. Die Methoden der „INSM“



Grundsatzdiskussion

Nur „Exklusion“ verhindern – das ist zu wenig!



Distrikte	
Politischer Salon Nr. 5	4
Generationengerechtigkeit	11
Medienpolitik	5-6
Die Methoden der „INSM“	
Grundsatzdiskussion	6-7
Nur „Exklusion“ verhindern ...	
Gesundheitspolitik	8-9
Reform oder Reförmchen?	
Finanzpolitik	10
Wer zahlt schon gerne Steuern?	
Gesellschaftspolitik	12
Religionsunterricht ...	
ASF	13
Wir sind das neue Team	
Ansprechpartner, Veranstaltungen, Gratulationen	14-15
Verschiedenes	16
Mentoring? Mentoring!	

Editorial

Liebe Genossinnen und Genossen, so manche(r) wird sich gefragt haben, wo denn der neue NORDWIND bleibt.

Hier ist er und – dank unseres Grafik-Designers Thomas Biedermann – in neuem Gewand. Außerdem neu: Design und Inhalt unserer Homepage. Diese Aufgabe hat nun Aziz Bozkurt übernommen.

Nach der Wahl-KDV im April war kaum Zeit für die Konstituierung des erheblich erneuerten und verjüngten Kreisvorstandes (s. Ansprechpartner), da begann auch schon die Fußball-WM. (Politische) Diskussionen fanden dann zum Teil mehr im Internet-Forum unseres Kreis-Nord-Fußballtippspiels statt als Am Hasenberge. So manche(r) Tipper/in offenbarte dabei erstaunliches Geschick und eine gehörige Portion Mutterwitz (und ich weiß immer noch nicht, wer unter dem Namen „Lacki“ mitgespielt hat).

Nun ist erst einmal Sommerpause, aber all dies hat viele GenossInnen nicht davon abgehalten, sich politische Gedanken zu machen. Deshalb diese - im übertragenen Sinne - etwas „bleihaltige“ Ausgabe, in der der Kreis Nord wieder mal seinem Ruf als lebendiger und stark inhaltlich motivierter Kreis gerecht wird.

Nach dem Sommer soll aber wieder die NORDWIND-„Schlagzahl“ erhöht werden. Bis zum Jahresende sind noch zwei weitere Ausgaben geplant, so dass alle interessierten AutorInnen schon bald wieder in die Tasten greifen dürfen!

Viel Spaß beim Lesen!

Euer Urs

Arbeitsplanung 06/07 des Kreisvorstandes

Mitdiskutieren – Mitbestimmen ! Kurz vor der Sommerpause, am 1. Juli diskutierte der Kreisvorstand auf einer Klausur über ein Arbeitsprogramm. Im Mittelpunkt steht dabei die Beteiligung unseres Kreises an der Entwicklung eines Wahlprogramms bis zum Sommer 2007

Von Inka Damerau, Verena Blix und
Thomas Domres

Um eine breite Beteiligung in unserem Kreis an unserer inhaltlichen Positionsfindung zu ermöglichen, wird es Arbeitsgruppen zu einigen Themen der „Menschlichen Metropole“ geben. Sie werden ihre Arbeit sofort nach der Sommerpause Mitte August aufnehmen. Wer sich beteiligen möchte, sollte sein Interesse im Kreisbüro anmelden. Auch die Termine der Arbeitsgruppen und ReferentInnenamen für eure Distriktsdiskussionen könnt ihr dort erfahren.

Der AK Bildung arbeitet bereits seit mehreren Monaten zum Thema „Neue Schule in Hamburg“. Im September wird es einen Workshop geben und im November eine KDV zum Bildungs- und Schulthema.

Die AG Stadtentwicklung wird inhaltliche Positionierungen für den Themenbereich „Schönes Hamburg“ vorbereiten und wird im Frühjahr 2007 einen Workshop veranstalten.

Eine ad hoc Arbeitsgruppe „Öffentliche Unternehmen“ arbeitet bereits seit mehreren Wochen zu eben diesem Thema.

Zum Thema „Gerechtes Hamburg“ wird die Einrichtung einer AG im Kreis Ende 2006 erfolgen.

Die Programmarbeit geht weiter!

Im Herbst 2007 wird es einen Bundesparteitag geben, der ein neues Grundsatzprogramm verabschieden wird. Unser „AK Programm“ unter der Leitung von Sönke Klages wird sich schwerpunktmäßig auf die Themen „Zukunft der Arbeit“ und „Soziale Gerechtigkeit“ konzentrieren.

Neues Wahlgesetz und Wahlkreise in

Hamburg kommen, auch wenn die CDU immer noch keine Ruhe gibt mit ihren Änderungswünschen. Zu den Themen: „Konsequenzen des neuen Wahlrechtes für die Wahlkreisarbeit“, „Satzung“, „Finanzierungs- und Fairnessregeln“ hat eine Landeswahlkreis-Kommission seit mehreren Monaten gearbeitet. Der Kreisvorstand wird die Ergebnisse im August beraten und damit die Diskussion im Kreis eröffnen.

Der Kreis Nord in den Lenkungsgruppen

„Kluges Hamburg“

Willi Buss und Sönke Klages

„Schönes Hamburg“

Thomas Domres und Jan Quast

„Starkes Hamburg“

Gesine Dräger und Jutta Blankau

„Gerechtes Hamburg“

Inka Damerau

„Kinder- und Familienstadt Hamburg“

Andrea Hilgers und

Peter Tschentscher

„Finanzpolitische Perspektiven für Hamburg“

Wolfgang Rose

Denn - viel wichtiger als Manipulationen am Wahlrecht ist:

Wir wollen die nächste Bürgerschaftswahl mit überzeugenden Kandidatinnen und Kandidaten sowie einem überzeugenden Wahlprogramm für eine Menschliche Metropole gewinnen.

Der Kreis Nord hat da eine ganze Menge zu bieten!

Wir freuen uns auf die inhaltliche Arbeit mit euch.

Keine Schule für alle?

Lange vor dem für den Herbst dieses Jahres geplanten Bildungsparteitag der Hamburger SPD hat es Michael Neumann, der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, für richtig gehalten, sich auf einen Konsens mit der CDU festzulegen, obwohl diese zwar das Dilemma der Hauptschule erkannt hat, den folgerichtigen Schritt zur Überwindung des vertikal gegliederten Schulwesens aber nicht gehen will. Dazu der folgende Widerspruch.

Von Jürgen Näther

Das Meinungsbild zur Zukunft der Schule ist vielfältig – auch innerhalb der SPD. Dies war auch in vergangenen Jahrzehnten, als die Überwindung des aus der Kaiserzeit übernommenen vertikal gegliederten Schulwesens und die integrierte Gesamtschule unumstrittene Ziele der Partei zu sein schienen, nicht anders. Um den Erhalt des Gymnasiums im Interesse der Wahrung von Vorteilen für ihre Kinder dürfte es den Gesamtschulskeptikern innerhalb der SPD in den wenigsten Fällen gegangen sein. Davon aber, dass die Gesamtschule allen Schülern unabhängig von ihrer unterschiedlichen sozialen Einbindung und ihrer individuellen Potenziale und Interessenlagen gleichermaßen gerecht werden könnte, waren viele, allzu viele nicht überzeugt. Den Argumenten der Wissenschaftler und Praktiker, die die damalige bildungspolitische Diskussion weithin bestimmten, standen viele ebenso misstrauisch gegenüber wie den positiven Erfahrungen, die vergleichbare Staaten mit integrierten Schulsystemen offenkundig gemacht hatten.

Gesamtschule umstritten

Aber warum waren wir, die glühenden Verfechter einer sozialdemokratischen Schulreform, nicht überzeugender? Eine einfache Antwort fällt mir dazu nicht ein, wohl aber ein Bündel von Aspekten, die eine Rolle gespielt haben:

- Unter den Befürwortern der integrierten Gesamtschule gab es nicht wenige, die sich von der Vorstellung leiten ließen, unterschiedliche Potenziale, Begabungen und Leistungsmöglichkeiten gebe es eigentlich nicht, allenfalls als Ergebnis unzureichender Förderung; grundsätzlich seien alle Kinder in der Lage, alles zu lernen. Zweifellos haben derartige unrealistische Ansätze man-

chen irritiert und dazu beigetragen, die Gesamtschulidee insgesamt zu diskreditieren.

- Problematisch war auch das Selbstverständnis einer (lautstarken) Minderheit der (Gesamtschul-)Lehrerschaft, die sich legitimiert fühlte, eigene, gegebenenfalls gegen die Administration durchzusetzende Ziele und Methoden zu entwickeln, weil man den Staat als Agentur des Kapitals entlarvt glaubte, während man sich selbst demokratisch legitimiert wähnte.
- Die verbreitete Vernachlässigung des Leistungsgedankens und die Verächtlichmachung vermeintlicher Sekundärtugenden wurden fatalerweise dem „Gesamtschulmilieu“ zugeordnet; auch dies hat der Gesamtschulidee geschadet.
- Gelegentlich beschrieben Gesamtschulvertreter die sächlichen und personellen Voraussetzungen erfolgreicher Gesamtschulen so anspruchsvoll, dass die Schlussfolgerung nahe zu liegen schien, die „richtige“ Gesamtschule sei wohl unbezahlbar.

Elternwillen falsch eingeschätzt

Eine verhängnisvolle Entwicklung nahm die Gesamtschulpolitik, als sich Hamburg im Jahre 1976 entschloss, den Anspruch des Staates auf zielorientierte Prägung des Schulwesens aufzugeben und dessen Entwicklung der Schulformwahl der Eltern zu überlassen. Soweit sich dahinter nicht die als Erleichterung empfundene Verabschiedung von einer schwierigen Auseinandersetzung um die Struktur des Schulwesens verbarg, lag jenem Bekenntnis zum Elternwillen die Erwartung zugrunde, die Gesamtschule werde sich in Konkurrenz mit dem Gymnasium – und sei es mittels geschickter Unterstützung durch die Politik – als überlegen erweisen. Dass sich diese Erwartung als irrtümlich herausstellte, war nicht für alle überraschend:

Im unbeirrten Glauben an die Qualität des dreigliedrigen Schulwesens und die Vorteile des gymnasialen Bildungsgangs für ihre Kinder entschieden sich konservativ gesinnte Eltern traditionsgemäß für das Gymnasium. Ihnen folgten jene, die aus den oben genannten und sonstigen Gründen Vorbehalte gegen die Gesamtschule hegten. Und eine weitere Gruppe meinte zu erkennen, dass eine Gesamtschule, die nicht von allen angenommen wird und nicht alle Kinder aller Begabungen, sondern eine „negative Auslese“ aufnimmt, ihre spezifische Leistungsfähigkeit nicht entfalten könne; auch sie entschieden sich gegen die Gesamtschule.

Gesamtschule ist nicht gesamt

Zumal die zuletzt beschriebene Motivation ist bis heute wirksam; und darüber darf man sich nicht wundern: So richtig es ist, dass die Gesamtschule im Prinzip allen Schülern besser gerecht werden kann als gesonderte Schulformen, so richtig ist auch, dass sie alle Schüler, auch die Gymnasialschüler braucht, um das Miteinander- und Voneinanderlernen zu organisieren, das die Stärke einer Schule für alle ausmacht. Deshalb kann man Eltern leistungsstarker Grundschüler, die für ihre Kinder das Gymnasium wählen, nicht schon deshalb unterstellen, sie entschieden sich bewusst gegen das Prinzip der Gesamtschule. Tatsächlich gibt es nicht wenige, die die frühe Trennung nach Schulformen aus vielerlei Gründen für problematisch halten und die es begrüßen würden, wenn ihre Kinder gemeinsam mit allen anderen in eine als Gesamtschule organisierte Sekundarstufe I überträten. Unter den gegebenen Umständen aber, da die Schülerpopulation der Gesamtschulen alles in allem der kombinierter Haupt- und Realschulen entspricht und deshalb ihren eigenen Ansprüchen nicht genügen kann, darf die

Wahl des Gymnasiums nicht als prinzipielle Absage an das System Gesamtschule bewertet werden.

Vor dem Hintergrund internationaler Vergleiche, aktualisiert durch „Pisa“, erscheint es geboten, die Diskussion um die Entwicklung des deutschen Schulsystems hin zu einer Schule für Alle neu zu beginnen. Aussicht auf Erfolg hat ein neuer Anlauf aber nur, wenn die Missverständnisse und Fehler der frühen Jahre und das Dilemma der gegenwärtigen Gesamtschule erkannt und benannt werden. Wenn wir, die wir die Schule für Alle wollen, Anlass zu der Befürchtung gäben, wir wollten Illusionen der 60er Jahre aufleben lassen, und wenn wir glaubten oder glauben machen wollten, die „real existierende“ Gesamtschule sei das, was wir unter einer Schule für alle verstehen, würden wir scheitern, so wie die Einführung der Gesamtschule via Elternwillen scheitern musste. Der neuerliche Weg in die Sackgasse wäre vorgezeichnet.

Schule für Alle

Auf dem Weg zur Schule für alle kommen wir aber nur dann voran, wenn sich die Partei in ihrer großen Mehrheit

darauf besinnt, dass unsere Vorstellungen von demokratischer Bildung – und dazu zählen Chancengleichheit ebenso wie Solidarität und Emanzipation – umfassend nur in einem Schulsystem zu verwirklichen sind, das auf Integration und Förderung statt auf Besonderung und Aussonderung setzt und deshalb eine frühzeitige Aufteilung der Kinder nach Schulformen vermeidet. Verständigen müssen wir uns schließlich darauf, dass das derzeitige Wahlverhalten der Eltern nicht als Entscheidung für das Gymnasium und gegen die Gesamtschule zu begreifen ist. Die Auffassung, die Eltern hätten bereits mit den Füßen gegen die Gesamtschule gestimmt, entbehrt der Logik schon deshalb, weil die Schule, die wir für alle wollen, nicht zur Wahl stand.

Zum Schluss: Unsere Schule für alle wird im Sinne des Wortes für alle eingeführt oder sie wird nicht eingeführt. Unsere Altvorderen, die mit der Weimarer Reichsverfassung die „für alle gemeinsame Grundschule“ (Art. 146 Abs.1) einführten, entschieden mit Bedacht: Die gezielt auf den Besuch des Gymnasiums vorbereitenden „privaten Vorschulen sind aufzuheben“ (Art. 147, Abs. 3). Nur so

konnte die Grundschule für alle ein Erfolg werden konnte.

Konsens gesucht

Diese Weitsicht und Kraft ist uns für die Reform der Sekundarstufe I zu wünschen. Selbstverständlich wird sie nicht in einem revolutionären Akt gelingen. Notwendig ist vielmehr ein weit reichender gesellschaftlicher Konsens, wie ihn die Finnen und – deutlich später – die Bevölkerung des Tessins hergestellt haben, bevor sie flächendeckende Gesamtschulsysteme einrichteten. Und ob man sich eine solche Reform als einteilig oder fließend, z.B. über eine Verlängerung der Grundschule vorstellen muss – all das ist zu entscheiden unter Berücksichtigung der Mehrheits- und Kräfteverhältnisse und der Mitwirkungsbereitschaft von Koalitions- und sonstigen Bündnispartnern. Deshalb steht jetzt nicht die Debatte über konkrete Organisationsmodelle auf der Tagesordnung, wohl aber die Verständigung auf ein Ziel. Und dieses dürfen wir auch dann nicht aus dem Blick verlieren, wenn die derzeitige konservative Mehrheit ihren Ausweg aus dem Schulformdilemma in der Zweigliedrigkeit sucht. ●

Politischer Salon Nr. 5 des Distrikts Mühlenkamp

Nach Hans-Ulrich Klose, Detlev Albers, Henning Voscherau und Olaf Scholz war Ortwin Runde Gast beim Politischen Salon. Wie üblich hatten sich in unserer Wohnung knapp 50 Gäste eingefunden: Ein rundes Dutzend Mühlenkammer Genossinnen und Genossen, etwa 20 weitere Mitglieder, der Rest Nachbarn und Freunde, die den Weg in die SPD noch nicht gefunden haben. Immerhin: Ein Gast nahm das Treffen zum Anlass, nach 15jähriger Pause wieder in die Partei zurückzukehren. Der Distrikt Tonndorf hat ab sofort ein Mitglied mehr.

Von Jürgen Näther

Ortwins Referat, ein politischer Tour d’horizon und die einmal mehr von Jörg Richter moderierte Diskussion kamen an – sicher auch, weil es sich der Referent nicht leicht machte: Die Möglichkeiten staatlichen Handelns beschrieb er ebenso eindrucksvoll wie deren Grenzen, die als teilweise prinzipiell, teilweise als Ergebnis unzureichender überstaatlicher Kooperation im Rahmen der EU interpretiert wurden.

Mit erfreulicher Klarheit benannte Ortwin sozialdemokratische Alternativen – unter anderem im Bereich der Sozial- und Wohnungspolitik. Deutlich wurde dabei auch, dass es für die Zukunft darauf ankommen wird, möglichst konkrete Zielvorstellungen und die sich daraus ergebenden politischen Projekte zu entwickeln und die Unterschiede zu den Zielen aller konkurrierenden Parteien zu formulieren und offensiv zu vertreten.

Eine Veranstaltung wie unsere, die auch dem Bedürfnis nach informeller und

nicht ausschließlich politischer Kommunikation Rechnung tragen soll, bleibt insofern folgenlos, als sie kein inhaltliches Resümee und schon gar keine bindenden Beschlüsse zulässt. Wenn sie, was ich sehr hoffe, zur Vorbereitung verbindlicher Entscheidungen ein wenig beitragen kann und darüber hinaus als offenes Bürgergespräch begriffen wird, hat sie ihren Zweck erfüllt. Wir wollen jedenfalls weitermachen: Am 18. November werden wir Henning Scherf zu Gast haben. Frühe Anmeldung (Tel.: 272972) sichert Plätze! ●

Die Meinungsmacher

Die Methoden der „Initiative Neue soziale Marktwirtschaft“



Am 1. Juni fand unter reger Beteiligung von fast 100 Besuchern eine Gemeinschaftsveranstaltung der Kreise Nord und Eimsbüttel im Kreishaus der SPD Nord am Hasenberge statt.

Von Magnus Kutz und
Urs Tabbert

Drei Referenten erläuterten die Arbeitsweise dieser

Lobbyorganisation des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall:

PD Dr. Rudolf Speth, Lobbyismusexperte und Kenner der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM), der als Privatdozent an der Freien Universität Berlin lehrt, beschrieb Aufbau und Struktur der INSM. Die ehemalige Pressesprecherin des DGB-Bundesvorstandes und Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit der Hans-Böckler-Stiftung, Sabine Nehls, die zur Zeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Arbeitsstelle Medien und Politik an der Universität Hamburg forscht, entschlüsselte die geschickte Medienarbeit der Initiative. Prof. Dr. Hans J. Kleinsteuber, der Politikwissenschaft und Journalistik an der Universität Hamburg lehrt, erklärte schließlich, wie die Arbeit der Initiative im Kontext der Entwicklung politischer PR und der Medienlandschaft einzuordnen ist.

Ende der neunziger Jahre waren die Sorgenfalten beim Arbeitgeberverband Gesamtmetall tief. Die erhofften Reformen wurden von der neuen rot-grünen Regierung nicht angegangen, die Wahrscheinlichkeit einer (neo-) liberalen Trendwende in der Politik war gering. Vor allem jedoch waren zwar die Meinungsführer in der Gesellschaft von der Notwendigkeit von Reformen überzeugt, der Großteil der Deutschen stand fundamentalen Veränderungen jedoch ausgesprochen skeptisch gegenüber.

Gesamtmetall startete daraufhin eine Ausschreibung: Große Werbeagenturen sollten ein Konzept entwickeln, um diese Überzeugungen zu verändern. Die Agentur „Scholz and Friends“ ging als Sieger aus dieser Konkurrenzpräsentation hervor. Klaus Dittko, Geschäftsführer von Scholz and Friends, fasste die Aufgabe so zusammen: „Wie verändert man die Einstellung zu unserer Wirtschaft- und Sozialordnung?“

Neoliberale Initiative durch Arbeitgeberlobby gesteuert

Seit dem Oktober 2000 arbeitet nun die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM), konzipiert von „Scholz and Friends“ und finanziert mit einem Jahresetat von 10 Millionen Euro aus der Kasse des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall. Ihre Aufgabe ist es, die Deutschen von der Notwendigkeit neoliberaler Reformen zu überzeugen: Sei es der Abschied aus der solidarischen Alterssicherung oder der Abbau von Sozialleistungen und Kündigungsschutz.

Das Konzept der Initiative ist ebenso einfach wie brillant: Eine kleine und flexible Organisation mit etwa 25 Mitarbeitern sitzt in Köln im gleichen Haus wie das – ebenfalls von der Ar-

beitgeberseite finanzierte – Institut der deutschen Wirtschaft. Dies zeigt schon das wesentliche Element der Arbeitsweise: Die Ziele einer Kampagne werden durch die Initiative definiert, durch externe Experten wissenschaftlich abgesichert und anschließend für die Medien aufbereitet. Die Initiative tritt dabei als unabhängig auf und gibt vor, von der breiten Masse der Gesellschaft getragen zu sein.

Mit „unabhängigen“ Promis das Volk überzeugen

Zwar nutzt die INSM auch Zeitungsanzeigen und Presseinformationen, im Zentrum der Kampagne stehen jedoch sogenannte „Botschafter“, die den Anschein der Überparteilichkeit vermitteln. Zu Ihnen gehören Arnulf Baring, Roland Berger, Oswald Metzger, Friedrich Merz, Ralf Dahrendorf und Lothar Späth. Der „Professor aus Heidelberg“, Paul Kirchhof, war auch Botschafter der INSM. Vereinzelt fanden sogar Sozialdemokraten wie Klaus von Dohnanyi und Wolfgang Clement ihren Weg in die Initiative – und glücklicherweise auch wieder hinaus. Diese Botschafter schreiben Leitartikel, geben Interviews oder treffen sich in Talkshows, wo sie als Vertreter ihrer Partei oder ihres Instituts auftreten. Dass sie alle mit der INSM verbunden sind, fällt dabei nur dem aufmerksamen Beobachter auf.



Hinzu kommt eine ausgesprochen geschickte Medienarbeit: Immer wieder erledigt die Initiative die Recherchearbeit für Journalisten, versorgt Zeitungen und Fernsehsender mit Informationen. Den Höhepunkt fanden diese Aktivitäten ausgerechnet im öffentlich-rechtlichen Fernsehen: Die INSM finanzierte und unterstützte eine dreiteilige Reportage im HR3 und war auch in den Skandal um Schleichwerbung bei der ARD verwickelt. Die Verantwortlichen hatten für rund 60.000 Euro Dialoge in der Serie „Marienhof“ gekauft, und auf einmal unterhielten sich die Darsteller über Wirtschaft, schlanken Staat, Steuerpolitik und ähnliche Themen.

INSM setzt schon bei Schule an

Daneben ist die INSM noch auf anderen Feldern aktiv: So hat sie zum Beispiel eine Homepage unter dem Titel „Wirtschaft und Schule“ (www.wirtschaftundschule.de) eingerichtet, auf der sie Unterrichtsmaterial für Lehrer bereitstellt. Dieses – hervorragend aufbereitete – Material ermöglicht die Unterrichtsvorbereitung in Rekordzeit. Ganz nebenbei finden auch die Grundideen der Initiative Eingang in den Unterricht. Genauso betreibt sie auch mit dem Musiksender MTV die Homepage „www.wassollwerden.de“, die Informationen für den Berufseinstieg bereitstellt.

Wir müssen uns darauf einstellen, häufiger mit solchen Kampagnen konfrontiert zu werden. Die Professionalisierung politischer PR schreitet weiter voran, während gleichzeitig die Arbeitsbedingungen für Journalisten durch den Konkurrenzdruck auf dem Medienmarkt immer schlechter werden. Immer mehr Journalisten sind dazu gezwungen, ihr Geld nicht mehr nur mit Journalismus, sondern auch mit PR zu verdienen. Gleichzeitig erhöht sich das Arbeitsvolumen bei steigendem Zeitdruck: Da ist es kein Wunder, wenn die Recherche einer „neutralen“ Institution dankend angenommen wird – oder wenn Journalisten klein beigeben, sobald sie nach negativen Berichten unter Druck gesetzt werden.

Sind Medien vor Einflussnahme sicher?

Entscheidend für diese Arbeit sind auch die Rahmenbedingungen für Medien. Bei der Verhandlung des neuen Staatsvertrags zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein, mit dem die Medienaufsicht neu geregelt wird, wurde eine große Chance versäumt – auch durch die SPD, die schließlich in Schleswig-Holstein „Juniorpartner“ in der Großen Koalition ist. Der neue Staatsvertrag übernimmt viel aus der noch 2003 heftig kritisierten Neuregelung des Hamburgischen Mediengesetzes: Die Verpflichtung zu Wort-

beiträgen im Rundfunk wird reduziert, Nachrichtenredaktionen können ausgelagert und zentralisiert werden, die Trennung von Werbung, PR und Berichterstattung wird verwässert und zu guter Letzt nicht einmal für Transparenz in der Arbeit der Aufsichtsgremien gesorgt – was übrigens selbst in Bayern Standard ist.

Der Umgang mit der INSM wird schwierig, verspricht aber Erfolg: Wie, wenn nicht über die Arbeit dieser Initiative lässt sich zeigen, dass gerade die Konzepte, die CDU und Wirtschaftsverbände als Reformen verkaufen, neoliberale Ideologie sind. Die Forderungen nutzen vor allem Arbeitgebern: Weniger Sozialleistungen, Abbau von solidarischen Versicherungssystemen, Abbau von Arbeitnehmerrechten. Je breiter die Arbeit der Initiative diskutiert wird, desto deutlicher wird hoffentlich, dass diese Forderungen Interessenpolitik von Arbeitgebern und keine Reformen sind.

Gleichzeitig hilft es nicht, auf Öffentlichkeitsarbeit und Medien zu schimpfen, wenn nicht systematisch daran gearbeitet wird, die Rahmenbedingungen von Medienarbeit zu verbessern und so elementare Versäumnisse wie bei den Verhandlungen zum neuen Medienstaatsvertrag zu verhindern. Mit solchen Festlegungen, die auf große Medienkonzerne zugeschnitten sind, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn Wirtschaftsverbände mit hohem finanziellen Aufwand jedes Thema in der Öffentlichkeit platzieren können. ●

Von Sönke Klages

Mit dem „Vorwärts“ vom Mai haben wir alle die „Leitsätze auf dem Weg zum neuen Grundsatzprogramm der SPD“ erhalten, die den Titel „Kraft der Erneuerung. Soziale Gerechtigkeit für das 21. Jahrhundert“ tragen. Noch von Mathias Platzeck vorbereitet, hat sie Kurt Beck fertig gestellt und unter seinem Namen der Partei vorgelegt. Damit soll die lange (durch Bundestagswahl) unterbrochene Programmdebatte der SPD wieder aufgenommen, gebündelt und vorangetrieben werden. Anfang 2007 soll es einen ersten kompletten Entwurf geben, Ende 2007 soll das neue Programm dann beschlossen werden.

Grundsatzprogramm in Nord

Auch im Kreis Nord haben wir die Programmdebatte wieder aufgenommen. Wir haben die „Leitsätze“ im Juni mit Niels Annen (Hamburgs Vertreter in der Bundes-Programmkommission mit Christa Randzio-Plath) diskutiert und werden die Debatte in den nächsten Monaten im Programm-Arbeitskreis und darüber hinaus zu den Punkten „Zukunft der Arbeit“ und „Vorsorgender Sozialstaat“ vertiefen. Ihr seid alle herzlich eingeladen, Euch daran zu beteiligen (Kontakt über Kreisbüro).

Im Mittelpunkt der „Leitsätze“ stehen die Themen „Soziale Gerechtigkeit“ und „Zukünftiger Sozialstaat“. Dazu hatten wir als Kreis Nord bereits im Jahr 2003 auf einer Kreisdelegiertenversammlung unsere Positionen beschlossen, und diese im Frühjahr diesen Jahres ebenfalls auf einer KDV bekräftigt. Davon ausgehend können wir feststellen: die Diskussion in der SPD hat sich in den letzten Jahren deutlich in die von uns gewünschte Richtung entwickelt. Wenn wir uns an die 2003 heftig diskutierten Thesen des damaligen Generalsekretärs Olaf Scholz zur „Neuen Gerechtigkeit“ erinnern, so lesen

Nur „Exklusion“ verhindern – das ist zu wenig!

Kritische Anmerkungen zu den „Leitsätzen“ zum neuen Grundsatzprogramm der SPD

sich die „Leitsätze“ erfreulich anders: Verteilungsfragen werden nicht mehr ignoriert oder für altmodisch erklärt, soziale Risikoabsicherung nicht mehr als „unemanzipatorisch“ denunziert, und auch die einseitig-illusionäre Fokussierung auf Bildung als alleiniger Sozialpolitik findet sich nicht mehr. Das mag auch daran liegen, dass heute nicht mehr der Versuch im Vordergrund steht, die eigene Regierungspolitik („Agenda 2010“) zu rechtfertigen.

Durch Analyse zur Vision

Doch da liegt auch das erste Problem mit den „Leitsätzen“: Denn über weite Strecken sind sie, wenn man ihr Feststellungen und Forderungen ernst nimmt, nichts anderes als eine Kritik und Zurückweisung der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik der aktuellen und der letzten Bundesregierung. Wie aber soll das neue Grundsatzprogramm der SPD dem Schicksal des alten entgehen, im fortwährenden Widerspruch zur eigenen Praxis zu stehen, und somit ebenso unwirksam wie unglaubwürdig zu werden? Dies kann es nach meinem Dafürhalten nur vermeiden, wenn es sich nicht darauf beschränkt, schöne Ziele und Visionen zu formulieren, sondern auch die heutigen und zukünftig absehbaren Ausgangsbedingungen und Widerstände klar analysiert und benennt. Denn Visionen sind nur dann nützlich und glaubhaft, wenn mit ihnen eine konkrete Verwirklichungsperspektive verbunden werden kann.

Doch da bleiben sie Leitsätze eher wichtig: „Der Wandel unserer Wirtschaft verändert Arbeitswelt und Alltag“, heißt es, und weiter: „Die Ansatzpunkte für unser Programm sind die konkreten Widersprüche unserer Zeit, die die Menschen in ihrem Alltag erfahren.“ Doch welche Widersprüche sind dies? Wie wandelt sich die Wirtschaft, und wie verändert das Arbeitswelt und Alltag? Dazu finden sich in den „Leitsätzen“ verstreute Stichworte, aber keine zusammenhängende Analyse, die eine ausreichende Grundlage für die Formulierung einer visionären Realpolitik bieten würde, wie wir sie meiner Absicht nach brauchen. Immerhin gibt es eine erfrischende Angstfreiheit beim Gebrauch oftmals tabuisierter Begriffe, wenn etwa die Globalisierung zutreffend als „eine neue Phase und Qualität kapitalistischer Entwicklung“ bezeichnet wird. Doch worin besteht die „neue Qualität“ des Kapitalismus? Sich darüber Klarheit zu verschaffen, ist keine Selbstbeschäftigung ideologischer Traditionalisten, sondern unerlässlich für eine Sozialdemokratie, die „auf der Höhe der Zeit“ den Kapitalismus zivilisieren und demokratisieren will.

Hier ist also bis zum fertigen Programm noch einige Arbeit zu leisten. Dass solche theoretische Vorarbeit von höchst praktischer Bedeutung für den Erfolg unserer Politik ist, zeigt sich v. a. an den Stellen der „Leitsätze“, an denen es um die Gestaltung von Arbeit und Sozialstaat geht. Zur veränderten Realität in der Arbeitswelt wird zutreffend festgestellt: „Einerseits gibt es zunehmend prekäre, ungeschützte und niedrig entlohnte Arbeit, vor allem zu Lasten von Frauen (...) Andererseits sind in vielen Bereichen die Spielräume für eigenverantwortliche und kreative Arbeit gewachsen.“ Doch was machen wir damit? Sind „Prekarisierung“ und Armutslöhne zwangsläufige, unvermeidbare Folgen „der Globalisierung“ oder sind sie als Profitstrategien im deregulierten Kapitalismus veränderbar und also politisch gestaltbar? Und welche politischen Anforderungen ergeben sich aus der Zunahme „eigenverantwortlicher“, und d.h. heißt zumeist auch flexiblerer und unsicherer Arbeitsverhältnisse? Wie kann im Rahmen des „vorsorgenden Sozialstaats“, der als neues sozialdemokratisches „Leitbild“ im Zentrum der Programmdebatte steht, eine „Flexicurity“ organisiert werden, also die solidarische Begleitung und Absicherung flexiblerer, individueller gestalteter Erwerbsbiographien? Dies alles kann nur dann von uns schlüssig beantwortet werden, wenn wir auch verstehen und zur Kenntnis neh-

men, welche Interessen und Strategien hinter diesen Entwicklungen wirksam sind und im Widerstreit stehen.

Die „neuen“ sozialen Fragen die alten?

Dass es an diesem Grundverständnis jedoch noch fundamental mangelt, wird deutlich an der Stelle, an der die Ausgangslage für den neuen „vorsorgenden Sozialstaat“ wie folgt beschrieben wird: „Die alte soziale Frage war bestimmt vom Konflikt zwischen Kapital und Arbeit. Dieser Konflikt ist nicht gelöst, aber längst haben sich brisante neue soziale Fragen in den Vordergrund geschoben. Viele Menschen erleben Unsicherheit oder den dauerhaften Ausschluss von der Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben. Gegenüber früheren Jahrzehnten entscheidet heute die soziale Herkunft wieder stärker über die Lebens-, Bildungs- und Berufschancen.“ So unzweifelhaft zutreffend die letzten beiden Sätze sind, so unverständlich ist die Blauäugigkeit der ersten beiden. Denn was ist denn das „neue“ an den „neuen sozialen Fragen“, dass sie angeblich so grundlegend von der „alten“ unterscheidet? Gewiss haben sich die Erscheinungsformen des sozialen Widerspruchs verändert: Massenhafte Langzeitarbeitslosigkeit, Dequalifizierung und das Entstehen einer neuen, teilweise abgekoppelten sozialen Unterschicht hat es über mehrere Jahrzehnte im hiesigen „rheinischen“ und sozialdemokratisch gebändigten Kapitalismus so nicht gegeben. Die Bedeutung von Bildung steigt (und damit die Probleme, wenn man davon nicht genug hat), und die soziale Ausgrenzung betrifft in hohen Anteilen eingewanderte Menschen. So weit, so (nicht) gut.

Doch haben diese „neuen“ sozialen Fragen wirklich nichts mit der alten zu tun? Oder sind sie nicht vielmehr nur die heute am deutlichsten sichtbaren Resultate des alten ungelösten Konflikts? In der Rede vom „wieder“ bei der Abhängigkeit der Lebens- und Bildungschancen vom Herkunftsmilieu wird das schon eingestanden. Die strukturelle soziale Ungleichheit in unseren kapitalistischen Gesellschaft (die mit Leistung sehr wenig, aber mit vererbten Privilegien, Reichtümern und Machtpositionen sehr viel zu tun hat) verhindert nachhaltig Chancengleichheit. Andauernde strukturelle Arbeitslosigkeit und damit einhergehender sozialer Abstieg und Armut untergraben Bildungschancen – und zwar weit stärker, als umgekehrt individuelle Bildungsdefizite für die desolate Arbeitsmarktlage verantwortlich

sind. Deshalb stimme ich dem Genossen Jörg Deml zu, der in spw 3/2006 schreibt: „Der Sozialstaat war erfolgreich, wenn er die intelligente Form einer regulierten Marktwirtschaft darstellte – und damit war Sozialpolitik nicht zu trennen von Wirtschafts- und Finanzpolitik“ – also der politischen Sorge für ausreichend qualifizierte Beschäftigung. Die aber kann sich nicht darin erschöpfen, die einzelnen Menschen durch bessere Bildung individuell „fitter“ zu machen: die Anhebung des Produktivitätspotentials der Gesellschaft allein führt noch lange nicht dazu, dass dieses auch ausgeschöpft wird. Gerade darin liegt ja die volkswirtschaftliche Irrationalität des aktuellen Kapitalismus – und das schon seit geraumer Zeit.

Gesellschaftspolitik geht alle an!

Noch aus einem zweiten Grund ist es wichtig, vor lauter „neuen“ sozialen Fragen die „alte“ nicht aus dem Blick zu verlieren. Denn so richtig und notwendig es ist, die gesellschaftliche „Exklusion“ von Bevölkerungsgruppen und Familien durch vorsorgende Sozial- und Bildungspolitik zu verhindern, so unzureichend wäre eine Beschränkung der Politik darauf, alle in die gesellschaftliche „Mitte“ bloß zu integrieren. Denn auch die alltägliche Lebensrealität der Menschen, die (noch) nicht ausgegrenzt sind, ist für viele immer weniger zufriedenstellend. Gerade im „Zentrum“ der gesellschaftlichen Arbeitswelt leiden viele unter enormem Leistungsdruck, Zeitknappheit, Verunsicherung und dem Schwinden von Kontinuität und Zusammenhalt. Für eine attraktive sozialdemokratische Politik geht es also nicht nur darum, die Menschen „drin“ zu halten, sondern auch darum, wie dieses „Innen“, die Mitte des gesellschaftlichen Lebens gestaltet werden soll und kann. Wie wollen wir zukünftig arbeiten und leben? Wie wollen wir die Bedingungen unseres Zusammenlebens und -arbeitens gemeinschaftlich gestalten? Jenseits konkreter individueller Vorlieben sind dies die eigentlichen politischen Grundfragen, denen sich eine anspruchsvolle sozialdemokratische Programmdebatte widmen sollte.



Reform oder Reförmchen in die falsche Richtung?

Der für Gesundheitsfragen zuständige Abteilungsleiter im Bundesgesundheitsministerium, Franz Knieps, vertrat am 7. Juli im Rahmen des 4. Bremer Qualitätsforums, dass es DIE große Gesundheitsreform nicht gäbe. Eine Erwartungshaltung im Sinne von „wir machen eine Reform und dann war es das“ ist seiner Ansicht nach Illusion.

Von Martin Gödde und
Thomas Grabenkamp

So wie er die Dinge schilderte – und das war eindrücklich und nachvollziehbar –, ist die Gesundheitsreform eine „Dauerbaustelle“ mit permanentem Änderungsbedarf. Insofern stellt sich für den Gesundheitspolitiker die Frage der Bewertung dessen, was uns als aktueller Reformschritt in Eckpunkten vorgelegt worden ist. Dabei sollte man die bisherigen Grundwerte sozialdemokratischer Gesundheitspolitik berücksichtigen, um zu einer Bewertung zu kommen.

Die SPD hat sowohl auf Bundesparteitagen als auch auf Hamburger Landesparteitagen stets die Grundsätze ihrer sozialdemokratischen Gesundheitspolitik benannt:

- Solidarische Finanzierung,
- Beibehaltung der paritätischen Finanzierung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber,
- ein umfassendes, an dem Stand der aktuellen Wissenschaft und Medizin ausgerichtetes und für alle Menschen gleiches Leistungsangebot,
- bezahlbare Beiträge und den Einstieg in die Finanzierung von versicherungsfremden Leistungen und Leistungen im Interesse des Allgemeinwohls wie die Versicherung der Gesundheitsleistungen für Kinder und Jugendliche.

Die jetzt zwischen CDU und SPD verhandelten Eckpunkte der Gesundheitsreform 2006 im

Bereich der Finanzierung und auf der Ausgabenseite der Gesetzlichen Krankenversicherung werden diesen Forderungen nicht gerecht und sind deshalb in zentralen Punkten abzulehnen.

Die Probleme der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) liegen nicht primär auf der Ausgabenseite, sondern auf der Einnahme-/Finanzierungsseite. Die Ausgaben für Gesundheitsleistungen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) sind über die Jahre nahezu konstant, wie Abbildung 1 zeigt. Das Problem der GKV liegt auf der Einnahmeseite. Bislang werden aller Sozialversicherungssysteme ausschließlich über den Faktor Arbeit – und hier auch nur über die Teilmenge der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und deren Arbeitgeber – finanziert. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist in den vergangenen Jahren aber dramatisch gesunken, wie Abbildung 2 zeigt. Insofern ist der Ansatz zu einer grundsätzlichen Neudefinition der Finanzierungsseite der GKV richtig.

Die Planung, die Finanzierung der GKV künftig über einen Fonds zu gestalten, kann in der richtigen Ausgestaltung grundsätzlich positiv gesehen werden.

Gesundheitsfonds muss gestaltet werden

Über den Gesundheitsfonds könnte erstmals ein Schritt in Richtung einer Bürgerversicherung getan werden, wenn alle Bürger direkt über Beiträge oder in-



direkt über steuerfinanzierte Zuschüsse zur Finanzierung beitragen würden. Gerade auch über die steuerfinanzierten Zuschüsse könnten auch andere Einkommensarten – wie Mieten, Zinsen, Unternehmensgewinne – neben den Einkommen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung mit einbezogen werden. Dies entspräche den Grundsätzen der solidarischen Finanzierung.

Weiterhin kann über einen solchen Gesundheitsfonds der Risikostrukturausgleich zwischen Krankenkassen auf einfache und wesentlich unbürokratischere Weise erfolgen. Dies umso mehr, wenn auch die Privaten Krankenkassen zur Finanzierung des Gesundheitsfonds in angemessener und der Zahl und Struktur der PKV-Versicherten entsprechenden Weise Mittel in den Gesundheitsfonds einzahlen müssten.

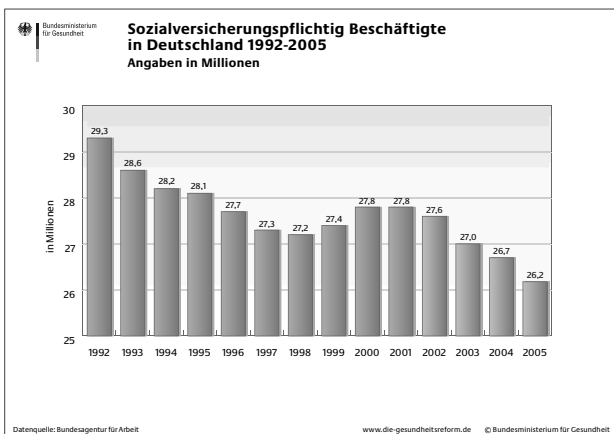
Dabei darf nicht geleugnet werden, dass ein solcher Gesundheitsfonds, aus dem die Krankenkassen nur noch fixierte Kopfpauschalen erhalten, unter der Ägide der CDU schnell zu einem völlig entsolidarisierten Kopfpauschalenmodell mutieren kann.

Der jetzt gewählte Weg beinhaltet über die Bonus-Malus-Regelung prak-

tisch die Einführung der „Kleinen Kopfpauschale“ im Umfang von geplant maximal fünf Prozent des Volumens der Gesundheitsausgaben beziehungsweise bis zu ein Prozent des Versicherteneinkommens. Damit hat sich die CDU in einem zentralen Punkt mit einer grundsätzlichen Strukturveränderung durchgesetzt. Da laut CDU-Bundestagsfraktionsvorsitzendem der neue, von der Bundesregierung auf voraussichtlich 13,8 Prozent festzusetzende Gesundheitsfondsbeitrag bis zum Jahr 2012 eingefroren werden soll, werden zukünftig alle Ausgabensteigerungen wieder nur einseitig zu Lasten der Versicherten gehen, die dies über die Malus-Beiträge alleine tragen müssen. Dadurch wird die paritätische Finanzierung weiter ausgehöhlt. Durch die Möglichkeit, die zusätzliche Prämie nicht einkommensabhängig, sondern ebenfalls als Kopfpauschale zu erheben, wird einmal mehr die Solidarität innerhalb der Versicherten aufgegeben.

Warum wird die PKV noch gefördert?

Die SPD wollte zur gerechteren Finanzierung der GKV die PKV mit in die Finanzierung des Gesundheitsfonds einbeziehen und hierüber die PKV am Risikostrukturausgleich beteiligen. Dies ist



jedoch nicht geschehen. Im Gegenteil: Die auf den ersten Blick positiv klingende Absicht der Koalition, dass Ärzte für gleiche Leistungen auch gleiches Geld erhalten sollen, entlastet die PKV. Bislang hat die Ärzteschaft bei PKV-Versicherten ein Honorar in Höhe des 2,3 bis 3,5fachen der Honorarsätze der GKV erhalten. Zukünftig erhalten Ärzte für alle Patienten – egal ob GKV oder PKV – das

gleiche einheitliche Honorar. Unter dem Gesichtspunkt der Zweiklassenmedizin und der tatsächlichen oder vermeintlichen Besserbehandlung von Privatpatienten erscheint dieser Beschluss nachvollziehbar. Dies führt aber bei der PKV zu einem gewaltigen Ausgaberrückgang, über den sich die PKV entgegen der sonst üblichen Praxis noch gar nicht beschwert hat. Spätestens deswegen wäre es angemessen gewesen, die PKV am Gesundheitsfonds mit den von Ulla Schmidt geforderten vier bis fünf Milliarden Euro zu beteiligen.

Die jetzige Regelung wird die PKV in die Lage versetzen, noch geringere Beiträge anzubieten und damit noch attraktiver zu werden. Die verschärften Wechselbedingungen mit einem über drei Jahre bestehenden Einkommen über der Versicherungspflichtgrenze sind allenfalls ein Verzögerungsmoment. Auch die Verpflichtung der PKV zum Angebot von Basistarifen ohne Risikozuschlag und der grundsätzliche Kontrahierungszwang ohne Gesundheitsprüfung treffen die PKV nicht wirklich. Denn die Berechnung der Höhe der Versicherungsbeiträge für den Basistarif ist den PKV-Versicherungen weiter frei aufgegeben. Insofern kann man hier mit hohen, wenn nicht sogar prohibitiv hohen Beiträgen für den Basistarif rechnen, den dann kaum jemand haben will. Die Forderung im Eckpunktepapier, dass der Beitrag „bezahlbar“ sein muss, ist da wohl dehn- und interpretierbar.

Erstmalig festgelegt wurde die individuelle Ausgrenzung von Leistungen bei persönlich eingegangenen Risiken (Folgen von Selbstverletzung). Dies widerspricht allen SPD-Beschlüssen, die stets innerhalb aller Versicherten Solidarität gefordert haben. Zudem sind die durch Selbstverletzungen ausgelösten Ausgaben wirklich „Peanuts“.

Wir begrüßen ausdrücklich den in Zukunft möglichen und ab 2008 vereinbarten Zuschuss aus Steuermitteln in Höhe von anfänglich 1,5 Milliarden Euro an den Gesundheitsfonds. Wir lehnen jedoch

entschieden ab, dass die Bundesregierung mit dem in diesem Punkt bereits umgesetzten Koalitionsvertrag den Krankenkassen die Einnahmen aus der Erhöhung der Tabaksteuer entzieht – eine Erhöhung, die vor allem mit den Kosten des Rauchens für die GKV begründet worden ist – und zusätzlich die Erstattung der Ausgaben für versicherungsfremde Leistungen wie das Mutterschaftsgeld im Gesamtumfang von etwa 5,5 Milliarden Euro streicht, um dann Steuerzuschüsse erst in der Zukunft und wesentlich geringer wieder einzubringen. Dabei ist auch noch sehr fraglich, ob dies dann auch wirklich passieren wird. Gesundheitspolitik nach Kassenlage macht der Koalitionsvertrag mit der Streichung der 5,5 Milliarden Euro gerade vor.

Keine Gesundheitspolitik nach Kassenlage!

Wir fordern daher, dass die Krankenkassen die ihnen entzogenen Mittel aus dem Bundeshaushalt auf dem Weg über den Finanzierungsfonds sofort zurückerhalten und dass eine verstärkte Steuerfinanzierung in der jetzt für 2008/09 vorgesehenen Höhe zusätzlich erfolgt.

Zusammengefasst müssen die Forderungen für eine an den bisherigen Grundwerten und Grundsatzbeschlüssen der SPD orientierte Gesundheitspolitik lauten:

- Bildung eines Finanzierungs-/ Gesundheitsfondsmodells, das vollständig paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziert wird;
- Keine Ausgrenzung von individuellen Risiken aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkasse;
- Schaffung eines effizienten Risikostrukturausgleichs zwischen den Kassen über den Gesundheitsfonds auf Basis von Alters- und geschlechtsspezifischer Struktur der Versicherten;
- Einbeziehung der PKV in den Risikostrukturausgleich;
- Rücknahme der Streichung der Mittelzuflüsse aus dem Bundeshaushalt aus der Tabaksteuererhöhung und für versicherungsfremde Leistungen;
- Einführung eines steuerfinanzierten Zuschusses an den Fonds zum Ausgleich der Gesundheitskosten für Kinder und Jugendliche ohne eigenes Einkommen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Wem zahlt schon gerne Steuern?

Die Mehrwertsteuererhöhung ist nun beschlossene Sache. Gleichzeitig wird aber über eine weitere Senkung der Unternehmenssteuern gesprochen.

Von Michael Paetz

Pünktlich zu Beginn der Diskussion treten wieder verstärkt private Forschungsinstitute wie die Stiftung Marktwirtschaft oder das Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) mit Studien in Erscheinung, die von einer nicht mehr tragfähigen steuerlichen Unternehmensbelastung und teilweise sogar von einem effektiven Steuersatz nahe 40 Prozent sprechen. Dem entgegen steht eine OECD-Studie, nach der Deutschland mit 21 Prozent effektiv gezahlten Steuern auf Unternehmensgewinne am untersten Ende der Skala liegt und 2002 in der EU-15 lediglich von Griechenland unterboten wurde. Woher rührt diese Differenz?

Professor Lorenz Jarass argumentiert, dass Deutschlands derzeitiges Steuerrecht global wirtschaftende Konzerne gegenüber mittelständischen Betrieben massiv privilegiere, weshalb diese Zahlen allein wenig aussagekräftig wären. Das ZEW errechne „nicht die Steuern, die beim Fiskus ankommen, sondern nur die Steuern, die einem Investor in Deutschland theoretisch drohen“ (Friedrich Heinemann, Leiter der ZEW-Studie), also nicht das, was nach Abzug aller „Steuerschlupflöcher“ tatsächlich gezahlt wird. Solche Stu-

dien betrachten fiktive inländische Unternehmen ohne internationale Verflechtungen, welche die vielen Steuersparmodelle, die das deutsche Recht erlaubt, nicht nutzen.

Deutschland ist eines der wenigen Länder der Welt, in dem Investitionen, welche zu Gewinnen führen, die in Deutschland nicht versteuert werden, als Aufwendungen voll abgesetzt werden können. Siemens beispielsweise hat im April vergangenen Jahres angekündigt, 600 Arbeitsplätze von Würzburg nach Tschechien zu verlagern, und kann die Verlagerungskosten für dieses Vorhaben zu großen Teilen auf den deutschen Steuerzahler abwälzen, indem diese vom Gewinn vor Steuern abgezogen werden. Jarass bezeichnet dies als Steuerspar-Perpetuum-mobile. Da Steuern eben auch Steuern, lenke die Steuerfreistellung von Beteiligungserträgen und Veräußerungsgewinnen, obwohl 95 Prozent der dadurch verursachten Kosten hier steuerlich geltend gemacht werden können, Investitionen ins steuer günstigere Ausland. Die Arbeitsplatzverlagerung werde hierdurch staatlich subventioniert.

Gewinnbringende Wandlung

Ikea sei der wahrscheinlich steueroptimierteste Konzern Deutschlands mit einem Eigenkapitalanteil von Null und Krediten in Höhe von 1,4 Mrd. Euro. Die Schuldzinsen in Höhe von jährlich 65 Mio. Euro

werden hier steuermindernd geltend gemacht, gehen zu weiten Teilen aber an ausländische Kreditgeber und werden deshalb in Deutschland nicht versteuert. Zudem bezahlt jede Ikea-Niederlassung in Deutschland drei Prozent ihres Bruttoumsatzes als Lizenzgebühr an die Ikea Lizenzverwaltungs B.V. in den Niederlanden,

dafür dass sie den Namen Ikea benutzen darf. Wieder ist das Prinzip das Gleiche: Aufwendungen werden in Deutschland geltend gemacht und Gewinne im Ausland versteuert. Dies verdränge den mittelständischen Möbelhändler mittel- bis langfristig vom Markt: „Fragen Sie mal Ihre Städtékämmerer, wie viel Gewerbesteuern die international tätigen Fastfood-Ketten, die in den Innenstädten tätig sind, vor Ort zahlen. Da kann ich Ihnen das Ergebnis jetzt schon sagen. Aber fragen Sie mal nach.“ Zudem würden ausländische Fonds subventioniert werden, die deutsche Unternehmen aufkaufen. Die Kaufsumme wird zu Lasten dieses Unternehmens finanziert, was bedeutet, dass es für die laufenden Zinszahlungen aufkommen muss, wodurch sich der zu versteuernde Gewinn reduziert. Neben den Steueraufkommensverlusten führe dies zu einer besonders hohen Fremdfinanzierungsquote, welche Firmen bei schwächerer wirtschaftlicher Entwicklung schnell in eine Schieflage bringe, weil die Zinszahlungen unabhängig von der Ertragslage anfallen. Oftmals müssten dann massiv Stellen abgebaut werden. Ein jüngeres Beispiel hierfür sei die Grohe AG.

Umbau, nicht Abbau

Schuld an dem massiven Einbruch der Steuerzahlungen sei keineswegs die Konjunktur (die Unternehmensgewinne sind schließlich weiterhin gestiegen), sondern die pauschalen Steuersenkungen der letzten Jahre, welche die geschilderten Probleme nicht berücksichtigten. Kapitalgesellschaften hätten in Deutschland 2001 lediglich einen Steuersatz von acht Prozent gezahlt. Bei einer durchschnittlichen Belastung von 21 Prozent ist klar, dass der rein inländisch orientierte Mittelständler dann einer durchaus hohen Steuerbelastung ausgesetzt sein muss. Appelle an Unternehmen, patriotischer zu handeln, bewirken hier wenig, da der Wettbewerbsdruck Unternehmen geradezu dazu zwingt, ihre rechtlich verbrieften Möglichkeiten wahrzunehmen. Wer zahlt schon gerne Steuern? Jarass stellt die provokative Frage, warum in Zeiten, in denen Subventionsabbau in aller Munde ist, solche Steuerspar-Möglichkeiten, die ganz klar einen Subventionscharakter haben und zudem Investitionen im Ausland begünstigen, nicht beseitigt werden. Die derzeit diskutierten Vorschläge gingen an diesen Problemen vorbei. Im Zuge der Diskussion um die Mehrwertsteuererhöhung wäre es durchaus angebracht gewesen, auch die Gründe für die Steuerausfälle der letzten Jahre anzusprechen.

Lorenz Jarass, Prof. an der FH Wiesbaden, war Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Kommission zur Reform der Unternehmensbesteuerung (1998/99) und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen (2002/03). Vorschläge für effiziente Unternehmensbesteuerung findet man unter www.jarass.com.

Generationengerechtigkeit versus soziale Gerechtigkeit?

Von Chris Leineweber und Nina Behlert

Unter dem Tenor, dass Deutschland eine „Greisenrepublik“ sei, die auf einen „Kampf der Generationen“ zusteure, kann den Medien immer häufiger die These entnommen werden, dass die junge Generation in der Alterssicherung einseitig belastet und dadurch das Prinzip der Generationengerechtigkeit verletzt würde. Dieser und ähnlich lautenden Aussagen wollten die Jusos auf den Zahn fühlen.

Während des Vortrags von Kai Burmeister, Diplom-Volkswirt, IUSY-Vize-Präsident und Mitglied des Juso-Bundesvorstands, wurde schnell deutlich, dass dieses Bild der Realität keineswegs gerecht wird. Beispielsweise ist es nichts Neues, dass die Menschen dank vieler Fortschritte in der Medizin und der Arbeits- und Lebensqualität immer älter werden. Dieser Umstand hat die Menschheit schon immer begleitet, ohne ihr zum Verhängnis zu werden. Anstatt Horrorszenerarien einer „überalternden“ Republik an die Wand zu malen, sollten sich die Menschen darüber freuen, dass das heutige Durchschnittsalter weit jenseits der Mittvierziger liegt, wie dies am Anfang des 20. Jahrhunderts noch der Fall war. Darüber hinaus sind langfristige Prognosen, die teilweise bis in das Jahr 2050 reichen und den erwähnten Szenarien regelmäßig zu Grunde liegen, im Hinblick auf die weitere Entwicklung schwierig bis unmöglich, da vieles schlicht nicht vorhersehbar ist. So verschwendete in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts niemand einen Gedanken an eine mögliche Zuwanderung oder den sogenannten „Pillenknicke“ und die daraus möglicherweise folgenden Auswirkungen auf die Volkswirtschaft. Wer weiß, was wir heute nicht berücksichtigen?

Unter dem Titel „Generationengerechtigkeit versus soziale Gerechtigkeit?“ fand am 15. Juni eine Veranstaltung der Jusogruppe Barmbek/Dulsberg in Zusammenarbeit mit den Distrikten Barmbek-Mitte und Barmbek-Nord in der Zinnschmelze statt. Und trotz des schönen Wetters und der Fußball-WM fand sich ein engagiertes und diskussionsfreudiges Publikum ein.

Politik muss Prozesse steuern

Daraus den Schluss zu ziehen, die Politik müsse auf die zu beobachtenden Veränderungen nicht reagieren, wäre freilich deutlich zu kurz gegriffen. Vielmehr sollten wir zur Erhaltung der sozialen Gerechtigkeit auch wieder den Mut zur politischen Steuerung haben.

Erste Schritte in die richtige Richtung sind beispielsweise in der Familienpolitik erkennbar. Unter den Anwesenden bestand wohl auch Einigkeit darüber, dass im Gesundheits- und Pflegesektor wichtige Umgestaltungen vorzunehmen sind. In diesem Zusammenhang wurde beispielsweise auf die solidarische Bürgerversicherung Bezug genommen, für die im Wahlkampf engagiert gekämpft wurde und deren Grundprinzip bei aller Koalitionsdisziplin nicht aus den Augen verloren werden sollte.

Überwiegend Zuspruch erfuhr Kai auch, als er ausführte, dass im Hinblick auf Arbeitsbedingungen und Arbeitsverteilung noch ein großer politischer Handlungsspielraum besteht, den es zu nutzen gelte. Entgegen der verbreiteten Mär leidet unser Sozialstaat nicht an der gestiegenen Lebenserwartung, sondern vielmehr daran, dass zu wenige Menschen in unsere solidarisch aufgebauten sozialen Sicherungssysteme integriert sind. So ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten seit 1992 von 29,3 Millionen auf 26,2 Millionen im Jahr 2005 gesun-

ken. Dies liegt bestimmt nicht zuletzt an der viel zu hohen Arbeitslosigkeit, zu deren Bekämpfung eine aktivere Arbeitsmarktpolitik wünschenswert wäre. Anstatt unseren Sozialstaat „kaputt zu sparen“, sollten notwendige Investitionen in die Zukunft getätigt werden.

Durch Abbau der Arbeitslosigkeit Sozialsysteme finanzieren

Ein Abend in der Zinnschmelze reicht natürlich nicht aus, um konkrete Vorschläge im Detail zu erarbeiten. Aber unter den Gästen des Abends bestand Einigkeit darüber, dass die Veranstaltung der Jusos Barmbek/Dulsberg ein gelungener Auftakt für eine notwendige weitere Debatte des Themas in und mit der SPD war. Das lag nicht zuletzt auch an der überaus sachlichen Art und Weise, in der dieses durchaus emotionale Thema an diesem Abend diskutiert wurde. Und auch in einem anderen Punkt herrschte an diesem Abend Einigkeit: Generationengerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit gehören in

einer Politik, die sich zu Recht sozialdemokratisch nennen möchte, untrennbar zusammen.



Religionsunterricht für Alle versus Islamunterricht für Muslime

Am 11. Juli boten die Jusos Hamburg-Nord zu diesem Thema ein Diskussionsforum, indem die migrationspolitische Sprecherin der Bürgerchaftsfraktion, Aydan Özoguz, mit ihnen im Rathaus diskutierte.

Von Timo Stampe

Nachdem Ole von Beust in einem Fernseh-Interview mit der Idee eines separaten (und damit separierenden) Islamunterrichts für muslimischgläubige Schülerinnen und Schüler liebäugelte, gab es ein mediales Echo, das von der SPD und den Jusos Nord kritisch beäugt wurde.

Worum geht es? Der Bürgermeister hat sich mit seinem Vorschlag in die Diskussion eingeschaltet, die das Angebot von Koranschulen in muslimischen Gemeinden als Brutstätte für islamistisch orientierten Extremismus stigmatisiert. Durch ein Angebot von Islamunterricht unter staatlicher Kontrolle könne diesen das Wasser abgegraben werden, so der Bürgermeister.

Zur Zeit gibt es in Hamburger Schulen einen Religionsunterricht, von dem man sich befreien lassen beziehungsweise ein Ersatzfach wählen kann. Rechtliche Grundlage dafür bietet die Verfassung, die es Glaubensgemeinschaften erlaubt, konfessionellen Unterricht in staatlichen Schulen durchzuführen – in Hamburg traditionell die evangelische Kirche („Hamburger Modell“), die zwar die universitäre Ausbildung der Religionspädagogen gewährleistet, aber dennoch keinen Religionsunterricht im Sinne eines Konfirmandenunterrichtes praktiziert. Was macht aber eine Glaubensgemeinschaft aus? Warum

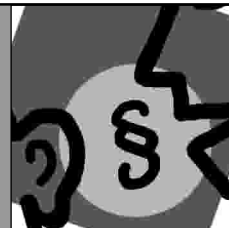
hat die islamische Gemeinde in Deutschland rechtlich nicht dieselbe Anerkennung, wie es christliche Kirchen in unserem Lande haben? Wer wird warum bevorzugt, und ist dies verfassungsmäßig überhaupt mit dem Postulat der Religionsfreiheit in Einklang zu bringen? Warum will Hamburg einen Kirchenstaatsvertrag nur mit den beiden großen christlichen Kirchen? Dies sind nur einige Fragen, die sich in der Diskussion ergaben und deutlich zeigen, dass hier Position bezogen werden muss.

Was nicht sein darf, haben wir fast schon erlebt. Ein konservativer Politiker verspricht mit einer einzigen Maßnahme verheißungsvoll, sich eines Problems zu entledigen, das in Wahrheit um einiges vielschichtiger und mehrdimensional wahrzunehmen ist, als es die Scheuklappen eines populistischen Ansatzes versprechen (dies gilt bei Weitem nicht nur ausschließlich für CDU-Politiker). Vor allem sollte man vorsichtig sein, Integrationspolitik nicht auf alle anderen Politikfelder im Verhältnis 1:1 zu übertragen. Dass es in unserem Land Defizite hinsichtlich der Integration von zugezogenen Menschen aus allen Nationen der Welt gibt, liegt auf der Hand. Dennoch gilt es, die religiöse Gesinnung als Teil einer auch verfassungsmäßig gewollten Vielfalt zu verstehen – warum auch nicht in der Schule?!

Sehr gefreut hat uns die große Zahl von Interessierten, vor allem die Teilnahme von Religionspädagogen, Mitgliedern der muslimischen und alevitischen Gemeinde, die allesamt interessante Beiträge aus der Schul- und Religionspraxis zu bieten hatten.

Am 29. Juni hat die Bürgerschaft den Kirchenstaatsverträgen zugestimmt, die eine grundlegende Änderung des Religionsunterrichtes in Hamburg bedeuten können. Wir wollen dieses Thema auch weiterhin begleiten.

Rechtsanwälte Scharf & Wolter



Barmbek:

Elmar Böhm

Fachanwalt für Strafrecht
(Kapitalverbrechen, Jugendstrafrecht, Revisionen), Ausländerrecht

Julia Fendel

Allg. Zivilrecht
Mietrecht
Verkehrsrecht

Dr. Alexander Scharf

Fachanwalt für Arbeitsrecht
(Kündigung, Befristung, Lohn, Betriebsverfassungsrecht)
Beratung auch auf Russisch

Gernot Wolter

Fachanwalt für Familienrecht (Scheidung, Sorgerecht, Unterhalt),
Erbrecht, Verkehrsrecht

Fuhlsbüttler Str. 118 (U/S Barmbek), Tel. 0 40/611 699 62

in Hamburg-Bergedorf:

Julia Laloire

Familienrecht
Erbrecht
Verkehrsrecht

Jessica Selonke

Arbeitsrecht
Mietrecht
Allg. Zivilrecht

Weidenbaumsweg 7 (Bhf Bergedorf), Tel. 0 40/513 273 61

www.scharf-und-wolter.de

Wir sind das neue Team!

Britta Linnemann:

Ich habe drei Kinder, arbeite als freischaffende Künstlerin – Malerin – und an der Universität Hamburg, Dept. Informatik.

Sylvia Schmudlach:

Ich schreibe Kurzgeschichten und Gedichte, bin Bankkauffrau und Großstadtsingle.

Frauen – verhegeln die Statistik!

Zuerst ein satirischer – persönlicher – Beitrag, dann ein Überblick, was die AsF-Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Frauen in Hamburg-Nord zur SPD-Politik beitragen kann und will.

Frauen – schon wieder – oder immer noch?

Sie kriegen nicht genug Kinder, können sich nicht selbst versorgen, haben keine ausreichenden finanziellen Mittel, haben keine eigene, existenzsichernde Rente, ruhen sich auf dem Beitrag ihrer Partner/innen aus...

- Die EU erwartet 70 Prozent erwerbstätige Frauen bei uns in Deutschland, und wir haben? Genau, zu wenig!
- Alte Menschen sind vor allem Frauen, weil Frauen eine längere Lebenserwartung haben.
- In unserer Partei? Reicht es oft gerade zur Erfüllung der Quote. Oder eben auch nicht.
- Und das werden wir gar nicht bejammern oder uns beschweren, denn die Frauen sind ja selber schuld.

Mädchen machen heute bessere Schulabschlüsse, sie spielen Fußball, werden als Frauen auch Weltmeister. Aber wer jubelt den Frauen zu und gibt uns dicke Sponsorenverträge?

Bei der Berufswahl – zumindest in Hamburg – wählen 70 Prozent der Mädchen noch immer einen Beruf und Ausbildungsweg aus den zehn typischen Frauenberufen. Frauenberuf war früher mal das, wo nur Frauen arbeiten durften. Das ist lange vorbei, aber geblieben ist die geringe Bezahlung für typische Frauentätigkeiten (leider nicht nur da). Gruselig im Detail, also nicht der Beruf, aber die Perspektiven der Gehälter oder fehlende Aufstiegschancen.

Dies ist auch mitverantwortlich für eine schlechte Altersabsicherung von vielen Frauen. Von vielen Mädchen so typische gewählte Berufe werden schlechter bezahlt. Hinzu kommt, dass die meist von Frauen geleistete Familienarbeit in keiner Weise berücksichtigt wird.

Wir sehen das nicht zu schwarz, sondern beschreiben einfach die Realität von vielen Mädchen und Frauen.

Unsere Aufgabe als AsF – wie wir sie verstehen

Die Träume von Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen – jedes Mädchen und jeder Junge könnten

alles, sie dürfen auch (fast) alles – aber sie tun es nicht. Und warum nicht? Diese Realität aufzuzeigen und für alle gerechter zu gestalten, verstehen wir als unsere Aufgabe.

Frauenpolitik - wie wir sie verstehen

Als Politik von Frauen. Genau so wollen wir uns verstanden wissen als Arbeitsgemeinschaft. Wir sind Expertinnen für die Auswirkungen von politischen Maßnahmen in Bezug auf die jeweiligen betroffenen Gruppen. Erst wenn wir alle Situationen aus dem männlichen und dem weiblichen Blickwinkel betrachten, ergibt sich ein komplettes Bild. Wir dürfen in der Partei nicht auf einem Auge blind sein – denn das geht alle an!

Quotenmann im Anzug!?

Unser Ziel ist eine gerechtere Gesellschaft für jeden Menschen. Gleiche Teilhabe für alle nicht nur an Ressourcen, sondern auch an Ämtern und Mandaten in der Politik. Und dann nicht als Quotenfrau diffamiert, sondern als Expertin verstanden, so wie wir Männer ja auch nicht als „Quotenträger des Anzuges“ verstehen, sondern als – nun ja, das werden wir sicherlich noch öfter diskutieren und daher an dieser Stelle offen lassen.

Die aktuellen Arbeitsbereiche der AsF Nord

Betreffen alles, wo wir (noch) keine weiblichen Perspektiven entdecken können. Hier seid auch ihr gefragt, eure persönlichen Erfahrungen und Anliegen einzubringen. Ein Schwerpunkt ist die soziale Absicherung von Frauen. Nicht nur in den gewünschten Verhältnissen, sondern vor allem in den Zuständen, die Realität sind. Gerade die Familienarbeit muss gesellschaftlich anerkannt und entlohnt werden und mehr auf beide Geschlechter verteilt werden.

Wichtig ist es uns auch, und dafür werden wir in Gremien und Workshops anwesend sein, dass eine weibliche Perspektive entwickelt wird, die der Realität von Frauen entgegenkommt und einen Weg aufzeigt, um den Idealfall, der noch lange nicht eingetroffen ist, Schritt für Schritt zu erreichen.

Gleichberechtigung auf dem Papier haben wir schon genug. Es geht weiter mit

- der sozialen Absicherung von Minijobberinnen



- Unisex-Tarifen bei Krankenkassen
- existenzsichernden Löhnen für Frauen in bisher un- wie unterbezahlten Tätigkeiten der Versorgung und Pflege
- Kinderbetreuung und Ganztagschulen

Wir alle sind Vorbilder, zu Hause, auf der Straße und in der Politik. Und manchmal können wir auch Entscheidungen herbeiführen und beeinflussen, so dass sich die Gerechtigkeit zwischen Frau und Mann, Reich und Arm, Jung und Alt auch tatsächlich gerecht verteilt.

Dieses Thema ist nicht vorbei, sondern ganz wichtig, damit sowohl Mädchen wie auch Jungen ihr Leben unabhängig von ihrer Herkunft (!) gestalten können – und nicht gestaltet werden, wie die meisten Genossen es so gerne formulieren.

Die Politik, gerade der Sozialdemokratie hat viel geschafft, auch und besonders für die Gleichberechtigung, aber da wollen wir uns nicht ausruhen, sondern weitermachen.

Das Grundgesetz wurde von 66 Männern und 4 Frauen geschaffen. Wir sehen Gleichberechtigung dann, wenn Frauen den gleichen Anteil und Einfluss an den rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen unserer Gesellschaft haben wie die Männer, und dafür wollen wir mit euch kämpfen.

Aus meinem Bauch gesprochen: Manchmal mag ich Männer im Anzug nicht so gern. Aber das liegt sicherlich am Anzug, denn als bekennende freischaffende Künstlerin ist mir persönlich das zu eng. Also nicht übel nehmen, sondern uns als AsF herausfordern. Wir freuen uns auf die nächsten zwei Jahre in der Kreispolitik. Danke!

Noch eine kleine Bitte an Interessierte: Meldet euch doch bitte bei Kerstin oder uns per Mail oder Telefon, wenn ihr in unseren „aktiven Verteiler“ aufgenommen werdet wollt. Dann werdet ihr in Zukunft zu (weiteren) Veranstaltungen von uns eingeladen. Natürlich freuen wir uns auch über Vorschläge und Wünsche zu Veranstaltungen und Themen von euch. Britta Linnemann & Sylvia Schmudlach, Vorsitzende der AsF Hamburg Nord, Mail: britta.linnemann@gmx.net, Tel. Sylvia: 51 52 01

Ansprechpartner der SPD Hamburg-Nord

Kreisvorstand Hamburg-Nord 2006/2007

Inka Damerau	Vorsitzende	22175, Hohnerkamp 30 a	64 20 25 32
Verena Blix	stellv. Vors.	22049, Hohensteiner Str. 2	6 91 76 53
Thomas Domres	stellv. Vors.	20251, Christoph-Probst-Weg 23	32 03 26 45
Ralph Bornhöft	Schatzmeister	22337, Am Hasenberge 44	51 32 04 80
Ksenija Bekeris	Beisitzerin	22083, Käthnerort 1	69 45 41 87
Aziz Bozkurt	Beisitzer	22305, Stockhausenstr. 14	21 00 74 12
Maria Buter	Beisitzerin	22083, Bachstr. 141	2 27 88 06
Daniel Gritz	Beisitzer	20251, Erikastr. 139	46 07 36 30
Norbert Heinrichs	Beisitzer	22179, Haldesdorfer Str. 126	6 41 84 20
Andrea Hilgers	Beisitzerin	22299, Bussestr. 7	5 14 20 26
Werner Kiebel	Beisitzer	22305, Lünkenweg 12	2 99 78 83
Britta Linnemann	Beisitzerin	22415, Georg-Clasen-Weg 16 b	53 05 06 56
Jan Quast	Beisitzer	22397, Duvenstedter Berg 60	2 79 49 09
Sebnem Seldüz	Beisitzerin	22303, Martin-Haller-Ring 1	27 80 64 02
Urs Tabbert	Beisitzer	22529, Münsterstr. 10a	52 01 42 52
Peter Tschentscher	Beisitzer	22307, Elligersweg 8	63 68 99 91

Distrikte

Langenhorn-Nord	Thomas Stripp	22417, Sonnenwende 30	4 05 20 91 86
Langenhorn-Süd	Christian Carstensen	22417, Holitzberg 23	53 03 56 01
Fuhlsbüttel	Gunnar Eisold	22335, Maienweg 243	50 59 66
Groß Borstel	Barbara Nitruich	22453, Brödermannsweg 66	5 53 11 31
Eppendorf	Anja Domres	20251, Christoph-Probst-Weg 23	32 03 26 45
Winterhude-Nord	Angelika Bester	22297, Brabandstr. 21b	51 32 47 46
Jarrestadt	Christian Landbeck	22303, Georg-Thielen-Gasse 4	6 41 51 35
Mühlenkamp	Jürgen Näther	22301, Sierichstr. 20	27 29 72
Barmbek-Nord	Thomas Grabenkamp	22307, Alte Wöhr 7c	41 09 70 56
Barmbek-Mitte	Kay-Uwe Appen	22081, Stückenstr. 51 A	29 57 31
Dulsberg	Michael Hüttel	20251, Geschwister-Scholl-Str. 47	6 96 24 48
Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde	Florian Pudlas	22083, Heitmannstr. 15	22 69 89 15

Arbeitsgemeinschaften

ASF	Helga Kuhlmann	22081, Langenrehm 12	2 99 39 71
ASF	Sylvia Schmuclach	22297, Wesselyring 53	51 52 02
Jusos	Timo Stampe	22305, Hardorffsweg 14a	65 59 22 54
Jusos	Gun Röttgers	22307, Genslerstr. 7	59 95 24
AfA	Hartmut Dignas	22527, Wördemannsweg 126	64 18 20
60plus	Helmut Riedel	22335, Erdkampsweg 151	59 95 38
60plus	Arno Eggerstedt	22083, Weidestr. 15	29 06 15
BV-Fraktion	Hede Krüger	22417, Götkenweg 14	5 37 47 67
BV-Fraktion	RalphGronau	22089, Güntherstr. 27	22 46 90

Bürgerschaftsabgeordnete

Willi Buss	6 05 14 89/61 19 83 12
Werner Dobritz	29 44 407
Gesine Dräger	65 90 13 20
Andrea Hilgers	5 14 20 26
Jan Quast	27 80 83 90
Jenspeter Rosenfeldt	5 11 39 61

Bundestagsabgeordneter

Christian Carstensen	22337, Am Hasenberge 44	50 09 83 89
----------------------	-------------------------	-------------

Weitere Ansprechpartner

Stellv. Vorsitzende der BV	Heidmarie Hermann	5 11 96 51
Vorsitzender der BV-Fraktion	Peter Tschentscher	69 79 28 27
Bezirksamtsleiter	Mathias Frommann	4 28 04-22 34
Ortsamtsleiter Barmbek-Uhlenhorst	Hans-Werner Nebel	4 28 04-50 21

Veranstaltungskalender der SPD Hamburg-Nord

Kreisvorstandssitzungen

Die nächsten Kreisvorstandssitzungen finden jeweils am Mittwoch, den 16. August, den 20. September und den 25. Oktober statt. Die Sitzungen sind wie immer offen für alle Mitglieder der SPD Hamburg-Nord und finden um 19 Uhr in der Regel in den Räumen der SPD im Kreisbüro statt.

Juso-Gruppen

Die Juso-Gruppen der Distrikte treffen sich regelmäßig.

- Jusogruppe Langenhorn-Nord und Langenhorn-Süd jeden zweiten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr im Bürgerhaus Langenhorn.
- Die Juso-Gruppe Eppendorf, Winterhude-Nord, Mühlenkamp, Groß Borstel und Jarrestadt trifft sich das nächste Mal am Dienstag, den 12.09.06, um 19.30 Uhr im Stadtteiltreff, Alsterdorfer Str. 192 A.
- Die Juso-Gruppe Barmbek-Dulsberg jeden 4. Donnerstag im Monat.

Mentoring-Programm.

Mitmischen, mitmachen, mitgestalten. Wie geht das? Wie funktioniert Partei? Und wer macht was? Wie steig' ich ein und wer zeigt mir, wo's langgeht? Diese Fragen sind in unserem Mentoring-Programm an der richtigen Stelle. Entscheidungsträger treffen, große und kleine Politik hautnah erleben, einfach live dabei sein und bei Veranstaltungen, Pressekonferenzen, Vorstandssitzungen und bei Terminen verschiedener Politiker/innen etc. die Welt der Politik und Parteiarbeit kennen lernen. Erfahren, wie Partei und Politik funktionieren und wie man sich einschalten kann. Im Herbst (11. September bis 11. Oktober) wird es wegen der großen Nachfrage einen weiteren Durchgang geben. Das Kreisbüro nimmt telefonisch oder per Mail Anmeldungen entgegen.

Gratulationen

Die Geburtstagskinder von Juni bis September 2006 („Runde“ Geburtstage ab 70 Jahren):

70 Jahre: Andreas Schlueter (24.06.1936), Karl Lange (01.07.1936), Otto Klauer (06.07.1936), Uwe Masch (06.08.1936), Ingeborg Schlage (19.08.1936), Lisa Weidemann (16.09.1936), Hans-Helmut Scharmach (24.09.1936)
75 Jahre: Egon Behrens (27.06.1931), Harald Warkentien (28.06.1931), Dietrich Lange (05.08.1931), Horst Schmidt (13.08.1931), Werner Riebe (25.08.1931), Wolfgang Schulze (17.09.1931), Ursel Preuhs (30.09.1931)
80 Jahre: Herbert Kühlcke (02.06.1926), Rudolf Weelinck (14.06.1926), Inge Weferling (25.06.1926), Ruth Schulz (26.06.1926), Hedwig Nasada (02.07.1926), Gerda Loos (09.07.1926), Herta Böhning-Behrens (10.07.1926), Erika Stobbe (09.08.1926), Eleonore Witschel (25.08.1926), Georg Dornhof (01.09.1926), Vera Rolle (15.09.1926), Karl Tangermann (26.09.1926)
85 Jahre: Anneliese Schulz (03.06.1921), Heidi Graber (01.08.1921), Erna Hanft (15.08.1921)
90 Jahre: Marie Streese (30.06.1916)

Wir gratulieren herzlich und wünschen alles Gute und Gesundheit!

Die Jubilare von Juni bis September 2006 (ab 40 Jahre Parteizugehörigkeit):

40 Jahre: Ulrich Reppenhagen (Juni 1966), Edeltraud Stoephasius (Juli 1966), Anne Bilstein (September 1966)
60 Jahre: Theodor Loos (Juli 1946), Otto Schröder (Juli 1946), Irmhild Rehder-Holm (August 1946), Walter Tormin (August 1946), Rosamunde Pietsch (September 1946)

Den Jubilaren herzlichen Dank für ihre Treue, ihre Geduld mit der Partei und ihr Engagement! Die Ehrungen mit Urkunde/Nadel finden zu Anfang/Ende eines Jahres in den Distrikten statt.

Tagesfahrten nach Berlin

Infos im Wahlkreisbüro unter 50 09 03 89.

60plus – die SeniorInnen

An jedem ersten Mittwoch im Monat trifft sich der Vorstand der AG 60plus zur öffentlichen Vorstandssitzung – interessierte SeniorInnen sind herzlich willkommen.

Dämmerschoppen

Seit Ende letzten Jahres gibt es ihn einmal monatlich und es hat sich herumgesprochen: Beim „Dämmerschoppen“ kann in gemütlicher Atmosphäre bei Bier, Wein, Saft und Selters nach Herzenslust diskutiert werden. Abgeordnete aus Bürgerschaft und Bezirksversammlung stehen Rede und Antwort zu ihrer Arbeit und auch unser Bundestagsabgeordneter Christian Carstensen ist dabei, wenn es der Terminkalender zulässt. Aktuelle Themen kommen zur Sprache und eine bunte Mischung aus Jung und Alt, Mitgliedern und Interessenten ist lebhaft bei der Sache. Nebenbei lernt man sich besser kennen, vereinbart neue Termine oder lässt sich für die Mitarbeit in einem Arbeitskreis begeistern. Die nächsten Termine: Montag, der 21. August 2006 (mit Grillen!), Montag, 25. September 2006, Montag, 30. Oktober 2006, Montag, 20. November 2006 immer um 19.30 Uhr in den Räumen des Kreisbüros. Wir freuen uns auf Euch!

Workshop „Neue Schule“

Am Samstag, den 16. September 2006 ab 10 Uhr, findet im Gemeindesaal St. Marien und in den Räumen der SPD Hamburg-Nord ein Workshop zum Thema „Neue Schule“ statt. Mit Impulsreferaten (Dorothee Bittscheidt – SPD-Landesvorstand – und Martin Häusler – Schulleiter der Gesamtschule Winterhude) und in Arbeitsgruppen nähern sich die TeilnehmerInnen der Frage „Was muss Schule in einer sich wandelnden Gesellschaft leisten?“, aber auch „Was ist Wunschenken? Was ist machbar?“ Eine Anmeldung für den Workshop ist notwendig – Interessierte fordern die detaillierte Einladung über das Kreisbüro ab.

Der aktuelle Veranstaltungskalender der SPD Hamburg-Nord kann im Internet eingesehen werden – hier finden sich auch Veranstaltungen der Distrikte:
www.spd-hamburg.de/Nord

Mentoring? Mentoring!

Ein Programm für Einsteiger, die mehr wissen und aktiv werden wollen: Im Frühjahr 2006 gab es wieder eine engagierte Gruppe von GenossInnen und Interessenten, die fünf Wochen lang intensiv politisches Geschehen miterlebt haben. Hier der persönliche Bericht einer Teilnehmerin.

Von Karin Jessen

Ich hatte über das Mentoring gelesen. Es interessierte mich, und ich habe mich spontan per Fax angemeldet. Schon der erste Brief, mit den Terminen, die auf mich in der Zeit vom 22.3.06 bis zum 3.5.06 zukommen könnten, machte mich sprachlos.

Zum einen, die Art der Termine – ich hätte nie gedacht, dass die Ausschüsse und auch der PUA öffentlich sind – und zum anderen die Anzahl. Schon, wenn man nur die Hälfte der Termine ernsthaft wahrnehmen würde, wäre man von morgens bis abends unterwegs. Meine Vermutung, ich werde es wohl nur mit Rentnern zu tun haben, lag nahe.

Beim Begrüßungstreffen wurde ich eines Besseren belehrt. Es saßen dort vorwiegend

junge Leute, abgesehen von mir und der/dem ein oder anderen in meinem Alter. Das Geheimnis lüftete sich schnell bei der Vorstellungsrunde. Es waren junge Leute, neu in der SPD oder zumindest neu in der SPD-Hamburg, vielleicht überhaupt neu in der Stadt, die Anschluss suchten, sich engagieren wollten. Ich meinerseits bin SPD-Mitglied seit 1990, allerdings nur zahlendes Mitglied. Das allerdings vereinte uns: Ab jetzt wollten wir uns engagieren. Die Vielfalt der Terminmöglichkeiten, so erschlagend sie zunächst war, stellte sich schließlich als ein wunderbarer Auswahlkatalog für die nächsten vier Wochen dar.

Für mich persönlich waren alle Termine im Rathaus die schönsten und interessantesten. Eine Bürgerschaftssitzung mitzuerleben war beeindruckend. Noch spannender die Ausschusssitzungen der Jugend- und Sozialbehörde und besonders die des Schulausschusses. Ich selbst arbeite im Schulbereich und meine oberste Chefin so direkt erleben zu können, hat mir doch viel „Freude“ bereitet.

Bleibt letztlich zu sagen, wir hatten in Kerstin Völsch eine sehr engagierte und kompetente Mentorin. Außerdem, bei allen Terminen, denen wir uns zugeordnet hatten, wurden wir vor Ort hervorragend betreut. Ich persönlich konnte Kontakt zu Andrea Hilgers aufnehmen und mit Gesine Dräger sprechen.

Fazit: Ich habe meine Schwellenangst überwunden und werde in Zukunft häufiger im Kreisbüro Am Hasenberge auftauchen.

P.S.: Überraschender Weise wurden auch meine sportlichen Fähigkeiten gefordert, indem ich mehr oder weniger dazu überredet wurde, am HSH Nordbank Hafency-Lauf teilzunehmen.

Absender:
SPD-Kreis Nord
Am Hasenberge 44
22337 Hamburg

Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt
22335 Hamburg 63

Wir sprechen mit Ihnen und helfen,
wo wir können

SPD

Zentrales Bürgerbüro
Dienstag, Mittwoch und Donnerstag
14–16 Uhr · Tel. 28 08 48-32 /-0
Kurt-Schumacher-Allee 10 · 20097 HH

Impressum

Der Bezug der Mitgliederzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

Redaktionsschluss (Nordwind Nr. 24):

30.09.06. Bitte die Beiträge nicht zu lang werden lassen, da wir ansonsten gezwungen sind, sie redaktionell zu kürzen. Anschlagmuster für den Artikel mit Vorgaben zu Spaltenbreite, Anschläge usw. ist bei der Redaktion erhältlich.

Bilder: S/W-, Farbfotos, Zeichnungen oder digital als TIF-, JPG- oder EPS-Format, Auflösung mind. 300 dpi

(keine Internet-Bilder!).

✉ Per Post: Fotos per Brief oder digitale Daten auf Diskette oder CD-ROM an die Redaktion schicken: Michael Hüttel, Geschwister-Scholl-Str. 47, 20251 Hamburg

✉ Per Mail: michael.huettel@t-online.de
urstabbert@web.de

☎ Telefonisch: Michael Hüttel, 0 40/6 96 24 48
Urs Tabbert, 0 40/52 01 42 52

Herausgeber:

SPD Hamburg-Nord · Am Hasenberge 44 · 22337 Hamburg · Tel.: 4 60 30 42
Fax: 46 23 68 · E-Mail: hh-nord@spd.de
www.spd-hamburg.de/ Nord

v.i.S.d.P.: Inka Damerau

Redaktion:

Michael Hüttel, Urs Tabbert
Gestaltung: acceptDESIGN, Hamburg, www.acceptDESIGN.de

Bilder: Titelbild © SPD HH-Nord, S. 1 © Inka Damerau, S. 5 © Urs Tabbert u. Tini Kötschau, S. 7 © Sönke Klages, S. 11 © photocase.de, S. 13 © Britta Linnemann

Druck: Hein&Co, Hamburg

Schwieger PageDesign

www.schwieger-d.com

Ihr Internet-Auftritt

- Beratung
- Planung
- Ausführung
- Schulung

Turnierstieg 31
22179 Hamburg
040 -69 69 25 69
info@schwieger-d.com

RECHTSANWALTSKANZLEI HANSEN

Mexikoring 33
22297 Hamburg

Tel: 040 / 637 092 - 10
Fax: 040 / 637 092 - 32

Sprechstunde:

Mo - Fr 10 -19 Uhr
oder nach Absprache



Schwerpunkte:

Arbeitsrecht
Strafrecht
Vertragsrecht
Wirtschafts- und
Gesellschaftsrecht
Forderungsmanagement